Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1858. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 36. Dienstag, 12. Februar 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer der Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Kellogg-Pakt des Ostens.

Die Wege und letzten Ziele der sowjetrussischen Politik sind nicht ganz leicht zu durchschauen. Letzten Endes beherrscht das Rußland von heute, das doch so aktiv und mit allen Mitteln der Diplomatie von gestern eine Außenpolitik betreibt, deren Richtung und Methoden ebenfalls immer wieder an das Rußland von gestern erinnern, ein Gefühl der Isoliertheit, das sich aus der politisch-wirtschaftlichen Sonderkonstruktion des Staates ergibt. Rußland fühlt sich im Innern und auch von außen her bedroht, kämpft trotz seiner Vorstöße nach allen Richtungen in Verteidigung und hat den Expansionsgedanken der Weltrevolution, auf dem es seinerzeit begründet worden ist, praktisch immer mehr beiseitestellen müssen. Die Lage im Innern ist alles andere als vertrauenerweckend. Das Sowjetsystem hat wirtschaftlich und politisch, wie sich gerade jetzt wieder in zahlreichen und nicht zu übersehenden Erscheinungen zeigt, sich nicht durchsetzen können. Die Lebensmittel- und Getreideknappheit im größten Bauernlande der Welt spricht eine deutliche Sprache. Die augenblicklichen Machthaber müssen sich politisch immer wieder gegen leidenschaftliche Opposition aus den eigenen Reihen verteidigen. Die etwas mystische Angelegenheit des Schicksales Trotzkis spricht eine unzweideutige Sprache. Immer wieder tritt die Tatsache in Erscheinung, daß diese eigenen Reihen der Partei, in denen es gärt, außerdem eine verschwindende Minderheit bilden. Eben erst wieder haben die Sowjetwahlen gezeigt, daß die Kommunisten, besonders auf dem Lande, nur über verschwindende Minderheiten verfügen. Das Bedürfnis, jede Gelegenheit zu einer Stützung des Systems auch von außen her zu benutzen, ist daher verständlich.

Der soeben in Moskau von Rußland, Polen, Rumänien, Estland und Lettland unterzeichnete Pakt trägt mit Recht den Namen Litwinows, des stellvertretenden Volkskommissars des Auswärtigen. Litwinow hat die, wie es heißt, aus Gesundheitsgründen herrührende Abwesenheit des russischen Außenkommissars Tschitscherin dazu benutzt, um dem Kelloggpakt eine besondere osteuropäische Formulierung abzugewinnen. Angeblich soll dieses Sonderabkommen nicht ein generelles Protokoll, sondern nur eine zeitliche Vorwegnahme des Gesamtprotokolls hinsichtlich seiner Gültigkeit sein und zwar zur Beruhigung der stark angespannten osteuropäischen Lage. Tatsächlich handelt es sich um einen Gegenschlag Rußlands gegen bestimmte und schon sehr weit gediehene Bündnisabmachungen mit keineswegs nur defensiver Einstellung. Polen und Rumänien stehen unter französischen Patronat in einem gegen Rußland gerichteten Militärbündnis, das in bezug auf Weißrußland und die Ukraine durchaus konkrete Ziele verfolgt. Die Rundreisen des Generals Le Rond, der Besuch Pilsudskis in Bukarest, die Beteiligung Le Ronds, einer Persönlichkeit von ausgesprochen militärisch politischer Einstellung, an der Danziger Werft, alles das sind Erscheinungen, die von der offiziellen Sowjetpresse bemerkt und unterstrichen worden sind. Die Spitze dieses Bündnisses soll durch den nunmehr abgeschlossenen Pakt abgestumpft werden.

Polen hat, wie zu erwarten war, zunächst innerlich recht sauer-süß auf diesen Vorstoß reagiert. Seine Antwort erhielt zunächst Ausflüchte, die hinter schönen Zusicherungen verborgen waren. Rußland ließ sich aber nicht abspeisen. Polen wurde moralisch in die etwas peinliche Lage eines Staates hineinoperiert, der sich gegen eine Friedenssicherung sträubt, die es zwar allgemein angenommen hat, im praktischen Sonderfall aber nicht anerkennen will. Es mußte in den sauren Apfel beißen und tatsächlich eine nicht gerade erwünschte Sonderbindung anerkennen, deren friedenswirkendes Verdienst außerdem noch der russischen Politik zuteil wurde. Ob sich aus diesem Protokoll praktische Verbesserungen in den Beziehungen zwischen Rußland und Polen einerseits, Rußland und Rumänien andererseits ergeben, wird abzuwarten sein. Daß in erster Linie Rußland aus den genannten innen- und außenpolitischen Gründen mit dem Protokoll zufrieden sein kann und es auch ist, steht fest.

Eine besondere Stellung innerhalb dieser Kelloggpolitik des Ostens nimmt Litauen ein. Dieser Staat hat sich mit der Aufforderung zum Abschluß eines sofortigen Sonderabkommens sofort an die Seite Rußlands gestellt. Die Protokollunterzeichnung selbst hat Litauen nicht mitgemacht. Woldemaras hat soeben in einem Interview, das er einem Vertreter der Rigaischen Rundschau gewährte, erklärt, daß er im Hinblick auf Polen sich von der gemeinsamen Unterzeichnung eines Vertrages ferngehalten habe, um die Aufmerksamkeit der Welt auf das Verhalten der beiden wichtigsten Partner Polen und Rußland zu richten und Polen die Möglichkeit von Ausflüchten zu nehmen. Litauen könne Polen nicht als führende Macht der neuen Staaten des Ostens anerkennen und habe daher die gemeinsame Unterzeichnung mit Polen abgelehnt. Im litauisch-polnischen Streit gipfelt aber nun gerade zur Zeit die Spannung im Osten. Auch hier ist einem gewaltsamem Zusammenprall durch das Sonderprotokoll ein neuer Widerstand entgegengesetzt worden, dessen Haltbarkeit sich allerdings noch zu bewähren haben wird. Zur Verbesserung der praktischen Beziehungen zwischen beiden Ländern trägt dieser Kelloggpakt des Ostens allerdings nichts bei. Woldemaras hat in der schon erwähnten Unterredung erklärt, daß die Verkehrskommission des Völkerbundes gar nicht darüber zu entscheiden habe, ob ein Verkehr auf der Bahnstrecke Wilna-Kowno-Libau wünschenswert ist, sondern nur, ob Litauen mit der Nichtzulassung dieses Verkehrs sich zu seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen in Widerspruch setze. Woldemaras erklärt, daß ein solcher Widerspruch nicht bestehe und daß eine Internationalisierung der Bahnlinie für Litauen unannehmbar sei, da hier durch die Wilnaer Teilstrecke eine für Litauen unmögliche Anerkennung des Gebietsraumes erfolgen würde. Da bei der gegebenen Verteilung der Machtverhältnisse eher mit einem Handstreich Polens auf Litauen als mit einer ganz aussichtslosen Wiedereroberung des Wilnagebietes durch Litauen zu rechnen ist, hat der neue Kelloggpakt des Ostens auch hier eine verstärkte Friedenssicherung geschaffen, ohne daß Litauen die von ihm abgelehnte unmittelbare Verhandlung mit Polen aufgenommen hat.

Die erste Sitzung des Sachverständigen-Ausschusses.

X Paris, 11. Februar. Die erste Sitzung des Sachverständigen-Ausschusses für die Reparationen, die für 2 Uhr festgesetzt war, begann mit den üblichen photographischen Aufnahmen. Die Photographen und Kinooperateure machten etwa zehn Minuten lang ihre Aufnahmen von den an ihren Plätzen sitzenden Delegierten der sieben Länder. Der Stuhl des Vorsitzenden blieb während der Aufnahme unbesetzt. Die Delegierten sind nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Länder plaziert. Die erste Sitzung fand nicht im Hotel Astoria, sondern in einem anderen Hotel statt, da die Räumlichkeiten am ehemaligen Sitz der Reparationskommission für die Konferenzarbeiten noch nicht hergerichtet sind. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß zur ersten Sitzung Pressevertreter zugelassen seien. Nach Beendigung der photographischen Aufnahmen ließ jedoch der erste französische Delegierte Moreau die Photographen und die erschienenen Journalisten bitten, den Sitzungssaal zu verlassen. Kurze Zeit darauf zogen sich auch die stellvertretenden Delegierten der Länder aus dem Sitzungssaal zurück, und die Beratungen der Hauptdelegierten begannen.

•

Das Ergebnis der ersten Sitzung.

X Paris, 11. Februar. Die erste Sitzung des Reparations-Ausschusses, die um 2,30 Uhr begann, war um 5,35 Uhr beendet. **Der amerikanische Delegierte Owen Young wurde zum Präsidenten der Konferenz gewählt.** Die Sachverständigen werden morgen vormittag wieder zu einer Sitzung zusammentreten. Im Laufe des Abends wird, wie verlautet, ein offizielles Communiqué veröffentlicht werden.

Nach der Information werden die Sachverständigen sich in den nächsten Tagen mit allen grundsätzlichen Fragen befassen und zwar in der Weise, daß **jede Delegation ihre besondere These auseinandersetzt.** Erst nach Lösung dieser grundsätzlichen Fragen wird die Bildung der technischen Unterausschüsse möglich sein, die mit der Prüfung besonderer Punkte beauftragt werden sollen.

Der Reparations-Ausschuß wird, wie nunmehr verlautet, nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am ehemaligen Sitz der Reparationskommission, im Hotel Astoria, sondern **im Hotel George V. tagen, in dem die heutige erste Sitzung stattgefunden hat.**

Der Eindruck der ersten Sitzung.

X Paris, 11. Februar. Ueber den Eindruck, der im Verlaufe der ersten Sitzung des Reparations-Ausschusses gewonnen wurde, berichtet die Agentur Havas: Der Haupteindruck, der sich aus dieser Eröffnungssitzung der Konferenz ergibt, ist, daß die Beratungen in einer Atmosphäre wirklicher Herzlichkeit und vollkommener Harmonie begonnen haben. Die Experten sind gleich am ersten Tage in medias res gegangen und haben Wert darauf gelegt, in ihrer ersten Sitzung die Prüfung der Tagesordnung in Angriff zu nehmen, die ihnen durch die interessierten Regierungen am 20. Dezember 1928 festgesetzt worden war.

•

Die amtliche Verlautbarung.

*** Paris, 11. Februar.** (Telunion.) Ueber die erste Sitzung des Sachverständigenausschusses wurde folgende Verlautbarung ausgegeben:

Am Montag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, wurde in den Räumlichkeiten des Ausschusses im Hotel George V. Avenue George V. zu Paris die erste Sitzung abgehalten. Gouverneur Moreau von der französischen Abordnung führte den Vorsitz und Mr. Owen Young von der amerikanischen Abordnung wurde einstimmig zum Präsidenten des Ausschusses erwählt, worauf er den Vorsitz übernahm. Es wurde mit Einstimmigkeit festgestellt, daß eine Notwendigkeit für die Schaffung eines Generalsekretariats des Ausschusses nicht bestehe, daß vielmehr der Sekretär des Vorsitzenden diejenigen Sekretariatsobliegenheiten wahrzunehmen habe, die sich im Schoße des Ausschusses von Zeit zu Zeit ergeben sollten. Darauf erklärte der Präsident **Frederic Bathe** zum Sekretär. Als Ergebnis eines von Moreau gestellten, von Dr. Schacht unterstützten und einstimmig angenommenen Antrages wurde als erstes vom Ausschuß beschlossen, folgende Drahtung an **General Dawes** abgehen zu lassen: „Der zweite Sachverständigenausschuß übermittelt zu Beginn seiner ersten zu Paris abgehaltenen Sitzung General Dawes den Ausdruck seiner Hochschätzung und Verehrung und verleiht der Hoffnung Ausdruck, ebenso ersprießliche Arbeit leisten zu können, wie die die im Jahre 1924 unter dem Vorsitz des Generals Dawes vollbracht worden ist".

Krise des Parlamentarismus.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Anläßlich der Gedenkfeier zu Ehren der vor zehn Jahren zusammengetretenen Nationalversammlung von Weimar hat einer unserer jüngsten Reichstagsabgeordneten, der Führer der Jungdemokraten, Ernst Lemmer, das wahre Wort ausgesprochen, daß in unserem gegenwärtigen Parlament zu viel Fraktionsgeist und zu wenig Staatsgeist bemerkbar sei. Es ist bezeichnend, daß es gerade ein Vertreter der jungen Generation war, der dieser weit verbreiteten Volksstimmung beredten Ausdruck verlieh. Wir sind weit davon entfernt, schwarz in schwarz zu malen, aber man möge die in allen Volkskreisen herrschenden Stimmungen nicht unterschätzen. Die Jugend hatte ja schon längst kein Verständnis mehr für die Methoden, wie sie sich in unserem staatlichen und namentlich parlamentarischen Leben eingebürgert haben. Das führte schließlich auch zu jener bedauerlichen politischen Passivität unserer jungen Volkskräfte, aber jetzt scheint der Augenblick gekommen zu sein, in dem sich die Passivität in neue Aktivität verwandelt. Freilich in einem Sinne, der den Parlamentarismus in seiner heutigen Form glattwegs verneint. Praktisch bedeutet dies eine unmißverständliche Unterstützung der Bestrebungen des Stahlhelms, die auf eine grundlegende Aenderung der Reichsverfassung hinzielen. Gewiß unterscheidet sich die Einstellung der Kreise um Lemmer und diejenige der Stahlhelmleute dadurch, daß die Letzteren in erster Linie das parlamentarische System als solches beseitigen wollen, in dem sie das Hauptübel erblicken, während die Ersteren erklären, daß man ein System nicht für die Unfähigkeit seiner Träger verantwortlich machen könne. Man müsse also in den Parteien großen Hausputz halten, dann werde man sich davon überzeugen können, daß das System gut sei, wenn es richtig gehandhabt werde. Selbstverständlich läßt sich auch so argumentieren, doch fragt es sich, ob die breiten Massen des Volkes diese feinen Unterscheidungen im Kampfe gegen die augenblicklichen parlamentarischen Zustände erkennen werden, und vor allem rechtzeitig erkennen werden, bevor die extremen Elemente des Rechtsradikalismus oder auch die des Kommunismus die Führung an sich gerissen haben. Dann wäre es aber zu spät, und wir würden erbarmungslos dem Bürgerkrieg ausgeliefert sein. Es ist zwar schon oft von der drohenden Gefahr eines Bürgerkrieges gesprochen worden, aber noch nie war die innerpolitische Situation derart kritisch, wie in diesen Tagen. Das ist keine aus den Fingern gesogene Kombination, sondern eine „politische Realität", die vielleicht mehr auf sich hat als jenes umstrittene Wortspiel des Zentrumsabgeordneten Kaas, dessen Bereitschaft, das preußische Zentrum zur Hergabe eines Ministerpostens zu bewegen, auch eine „politische Realität" darstellen sollte.

Fürst Johann II. von Lichtenstein gestorben.

X Brünn. Gestern abend ist in Felsberg nach kurzer Krankheit der regierende **Fürst Johann II. von und zu Lichtenstein** im 89. Lebensjahr und im 71. Jahr seiner Regierung gestorben.

Fürstin Katharina Henckel von Donnersmarck †.

X Tarnowitz. Im Alter von 69 Jahren ist gestern abend nach längerem Leiden **Fürstin Katharina Henckel von Donnersmarck** auf ihrem Schloßgut Kozlowagora bei Tarnowitz gestorben. Die Verstorbene hat sich der Wohlfahrtspflege außerordentlich angenommen.

Schlußbesprechung über den Severing-Schiedsspruch.

X Essen. Unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Severing fand gestern vormittag in der Berufsgenossenschaft in Essen die Schlußverhandlung über die Durchführung des für die Nordwestliche Gruppe der Eisenindustrie vom Reichsinnenminister gefällten Schiedsspruches statt. Die Besprechung dauerte bis in den Nachmittag hinein. Ueber das Ergebnis ist nichts bekanntgegeben worden, da Minister Severing, der bereits die Rückreise nach Berlin angetreten hat, sich vorbehielt, selbst die Oeffentlichkeit zu unterrichten.

•

Ablehnung des Schiedsspruchs für die württembergische Metallindustrie.

X Stuttgart. Wie von den Parteien mitgeteilt wird, ist der Schiedsspruch für die württembergische Metallindustrie von den Arbeitnehmern bei der Urabstimmung am letzten Freitag abgelehnt worden.